

Offiziere wollen massiv mehr Geld für die Armee und drohen mit einer Volksinitiative

«Die Mini-Budgeterhöhung ist für Schweiz ein Armutszeugnis»

DANIEL BALLMER

Offiziere sind hässig – aber richtig. Seit Beginn des Ukraine-Kriegs vor vier Jahren sind sich fast alle einig, dass die Armee dringend auf Vorderrang gebracht werden muss – und zwar rasch! Doch geht es um die Finanzierung, dreht sich die Politik im Kreis.

Ein temporärer Armeefonds, ein Sicherheitsprozent oder eine Wehranleihe – alles chancenlos. Auch mit seinem neusten Plan, die Mehrwertsteuer um 0,8 Prozent zu erhöhen, dürfte Verteidigungsminister Martin Pfister (62) schon im Parlament scheitern.

Nun haben Armeekreise genug von diesem «sicherheitspolitischen Stillstand». Seine Geduld sei aufgebraucht, stellte Präsident Stefan Holenstein (64) kürzlich vor den Mitgliedern des Verbands Militärischer Gesellschaften Schweiz (VMG) in Bern klar.

«Das 1-Prozent-BIP-Ziel bis 2032 ist inakzeptabel», poltert Holenstein. «Diese Minibudgeterhöhung reicht nirgends hin. Es ist beschämend wenig – für die reiche Schweiz im europäischen Kontext ein Armutszeugnis.» Schon an seiner Mitgliederversammlung hatte der Verband daher weitergehende Massnahmen angekündigt.

Jetzt ist klar: Hinter den Kulissen überlegen sich Militärverbände bereits die Lancierung einer Volksinitiative. Forderung könnte etwa sein, die Militärausgaben auf mindestens 2,5 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes zu steigern. Zweieinhalbmal so viel, wie bisher eingebracht ist. Bis Anfang der 2030er-Jahre wären das gut und gerne 25 Milliarden Franken pro Jahr – rund dreimal mehr als jetzt! «Wir meinen es wirklich ernst damit», versichert Holenstein.

Die Militärverbände seien sich ihrer gesellschaftspoliti-



«Die Zeit drängt»: Stefan Holenstein fordert eine Stärkung der Armee.

schen Verantwortung bewusst – und scheuten auch keine Volksabstimmung. «So kann man uns nicht vorwerfen, wir hätten tatenlos zugeschaut.»

Nun sei die Zeit für Aktionen gekommen, findet Holenstein: «Vor 36 Jahren war die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee mit «Weg mit der Armee» an der Reihe, jetzt ist die Miliz dran mit «Her mit der Armee und dem Geld!»»

Natürlich sei den Armeekreisen bewusst, dass der Weg über eine Initiative lange dauert. Daher soll zuvor nochmals verstärkt Druck aufs Parlament gemacht werden. Dazu solle neu eine ausserparlamentarische Interessengruppe gebildet werden mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Bildung oder Miliz, um gezielt Einfluss zu nehmen.

«Wir erwarten nun endlich einen bürgerlichen Schulterschluss von SVP, FDP, Mitte und GLP», sagt Holenstein. «Die Zeit drängt extrem.» Die Schweiz sei nach vier Jahren Krieg in Europa weder verteidigungsfähig noch bereit, ausreichend in die Aus- und Aufrüstung zu investieren.

Das wollen die Militärverbände endlich ändern. So oder so. Und sie seien durchaus initiativfähig, betont Holenstein. Der VMG allein hat gegen 100 000 Mitglieder. Die befreundete Schweizerische Offiziersgesellschaft nochmals rund 20 000, Schützenvereine sogar über 150 000 Mitglieder. «Ich denke, wir hätten die 100 000 Unterschriften schnell zusammen.»



Verteidigungsminister Martin Pfister – hier auf Truppenbesuch – steht mit seinen Finanzierungsplänen für die Armee auf verlorenem Posten.

Nach US-Besuch bleiben Fragen zu F-35-

Nach dem Besuch des Staatssekretärs für Sicherheitspolitik, Markus Mäder (54), am Mittwoch in Washington bleiben zahlreiche Fragen zur Beschaffung der F-35-Kampfflugs offen. Eine Kooperation zwischen den USA und anderen europäischen F-35-Käufern werde geprüft.

Eine Zusammenarbeit wäre zum Beispiel bei der Wartung möglich. Denn andere europäische Länder, die über die gleichen Kampfflugzeuge verfügen, seien mit ähnlichen Fragen konfrontiert, teilte Mäder gestern mit. Mit der Industrie hätten je-



Soll irgendwann auch in der Schweiz fliegen: F-35.

doch keine Gespräche stattgefunden. Auch die Anzahl der zu beschaffenden Flugzeuge sei nicht besprochen worden.



Markus Mäder, Staatssekretär.

Während seines Besuchs traf Mäder auch David A. Baker, den stellvertretenden Unterstaatssekretär für europäische Politik

und Nato-Angelegenheiten, sowie Elbridge A. Colby, Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium.

Mäder sprach von «offenen» und «konstruktiven» Gesprächen. Neben den F-35-Kampfflugs seien die Nato und die militärische Zusammen-

arbeit zwischen den USA und der Schweiz besprochen worden. Der Staatssekretär betonte, dass die Vereinigten Staaten für die

Für Staatsanwaltschaft ist das Mass voll

Strafbefehl gegen Rimoldi wegen Geschmacklos-Tweet

Am 23. Januar 2025 verstarb die Thurgauer Regierungsrätin Sonja Wiesmann († 58) überraschend an einer Lungenblutung. Am selben Tag veröffentlichte der Mass-Voll-Präsident Nicolas Rimoldi (31) auf der Plattform X einen Post, der nun Konsequenzen nach sich zieht.

Im Beitrag, der heute noch öffentlich ist, kommentiert Rimoldi die Nachricht über den Tod der amtierenden Justiz- und Sicherheitsdirektorin mit dem Spruch: «Eine Mörderin weniger. Ich bedauere, wird sie nie vor einem Gericht Gerechtigkeit für das Corona-Verbrechen erfahren.»

Am 5. März muss Rimoldi deswegen vor Gericht antreten.

Blick liegt der Strafbefehl vor, den die Staatsanwaltschaft Frauenfeld in dieser Sache erlassen hat und gegen den Rimoldi Einspruch erhoben hat.

Die Staatsanwaltschaft warf ihm im Strafbefehl üble Nachrede gegen eine Verstorbene vor.

Wiesmanns Töchter waren gegen Rimoldi vorgegangen. Die Staatsanwaltschaft verhängte eine Geldstrafe von 20 Tagessätzen zu je 50 Franken, bedingt erlassen



Nicolas Rimoldi, Mass-Voll-Präsident.

bei einer Probezeit von zwei Jahren, sowie eine Busse von 200 Franken oder zwei Tagen Ersatzfreiheitsstrafe. Zudem muss er für die Verfahrenskosten aufkommen. Insgesamt muss Rimoldi, inklusive Untersuchungs- und Polizeikosten, 980 Franken bezahlen.

In Dreierbesetzung wird das Bezirksgericht Frauenfeld entscheiden, ob sich der Mass-Voll-Präsident schuldig gemacht hat. Bis zu ei-

ner rechtskräftigen Verurteilung gilt die Unschuldsvermutung.

Rimoldi musste sich bereits mehrmals vor Gericht verantworten. Im November 2025 etwa vor dem Zürcher Bezirksgericht, wo er erstinstanzlich wegen Beschimpfung zu einer bedingten Geldstrafe verurteilt wurde. Er hatte SBB-Transportpolizisten als «Nazis» und «Faschisten» bezeichnet.

Auch vor Bundesgericht blitzte er jüngst ab: Das Urteil wegen Verkehrsblockaden bei unbewilligten Kundgebungen in Luzern im Jahr 2021 ist seit Januar rechtskräftig. Das Bundesgericht wies seine Beschwerde ab.

ANNA CLARA KOHLER, SANDRO ZULIAN

Schluss mit Schummeln!

Die ETH Zürich will beim Kampf um die Schummelerei neue Wege gehen. Wie auf der Beschaffungsplattform des Bundes Simap ersichtlich ist, sucht die Hochschule aktuell nach einer Software für die Plagiatsprüfung.

Die digitalen Werkzeuge sind für die Universitäten bei der Plagiatsjagd mittlerweile unverzichtbar. Sogenannte Textvergleichssoftwares suchen in den Arbeiten der Studierenden nach Sätzen und Formulierungen, die auch schon in anderen Veröffentlichungen zu finden sind. Alles finden die IT-Tools also nicht – sie helfen aber immer wieder, Skandale aufzudecken. Besonders in den letzten Jahren zahlreiche politische Persönlichkeiten über mutmasslich abgeschriebene Doktorarbeiten.

Klar ist: Die Plagiatsjagd geht ins Geld. Auf Anfrage offenbart die ETH Zürich, dass die Ausschreibung für ein neues Tool



Hauptgebäude der ETH Zürich.

gezwungenermassen geschah. Aufgrund einer Zusatzfunktion, die lizenziert wurde, überschreite die aktuelle Software nämlich die Kostengrenze von 250 000 Franken für WTO-Ausschreibungen. Heisst: Der Auftrag muss zwingend erneut öffentlich ausgeschrieben werden.

Wie nötig ist der Aufwand überhaupt? Wie die Hochschule mitteilt, würden wegen eines